



Update aus Berlin

Juni '23 (II)

WIE WIRD KLIMANEUTRALES
HEIZEN FÜR ALLE MÖGLICH?
INFO-VERANSTALTUNG
ZUR WÄRMEWENDE



Wann? Dienstag, 27. Juni, 18:30

Wo? Piesers Gasthaus, Telgte-Westbevern

Mit? Euch und Euren Fragen zum Gebäudeenergiegesetz!

WICHTIGES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

der Personal- und Fachkräftemangel zeigt sich bereits in vielen Branchen. Wenn wir unseren Wohlstand sichern und unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen wollen, brauchen wir viele gut qualifizierte Arbeitskräfte. In dieser Woche haben wir im Plenum zwei wichtige Vorhaben beschlossen: Das **Aus- und Weiterbildungsgesetz** sowie die **Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes**. Denn wir brauchen beides: Die Mobilisierung inländischer Potenziale auf dem Arbeitsmarkt und die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland. Die Reform des GEG hält uns weiter im Atem. Über den Stand der Dinge diskutiere ich gern mit Euch am 27. Juni. Ich hoffe, wir sehen uns.

Der auf europäischer Ebene gefundene Kompromiss zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem wird sicherlich auch eine Rolle beim Europäischen Rat in der kommenden Woche spielen. Dazu hat Bundeskanzler Olaf Scholz in dieser Woche eine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag abgegeben. Nach wie vor bleibt der Krieg in der Ukraine ein zentrales Thema. Wir richten unseren Blick aber auch auf die internationale Zusammenarbeit an anderen Stellen. Mit unserer gerade beschlossenen **Nationalen Sicherheitsstrategie** haben wir unsere internationalen Positionierungen neu justiert.

Wir werden das System der **Kinder- und Familienförderung** grundlegend überarbeiten, vereinfachen und digitalisieren – und eine Kindergrundsicherung schaffen. Verschiedene Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinder-Regelsätze aus dem Bürgergeld sollen dabei in einer Leistung gebündelt werden. Wir brauchen einen echten Systemwechsel und einen Neustart in der Familienförderung. Die Kindergrundsicherung muss wirksam Armut bekämpfen und insbesondere Kinder von Alleinerziehenden und Trennungsfamilien in den Blick nehmen. Denn sie sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet. Für uns Sozialdemokrat:innen ist dabei ein wichtiger Punkt, dass Kinder aus Familien mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Unterstützung als bisher erhalten. Wir werden darauf achten, dass die Kindergrundsicherung umfassend, kindgerecht, existenzsichernd, verteilungs- und leistungsgerecht sowie digital und niedrigschwellig ausgestaltet wird. Damit wirklich jedes Kind den Anspruch auf die gleiche Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe erhält, die es unabhängig vom Elternhaus verdient.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Vorweg genommen... >>> Meine Rede zum Antrag CDU/CSU "Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen". >>> AG Kommunalpolitik. >>> Fachkräfteeinwanderung erleichtern. >>> Förderprojekte für den Kreis Warendorf. >>> Tag der Daseinsvorsorge am 23. Juni. >>> Kommentar zum Auftritt von Claudia Pechstein. >>> Special Olympics in Berlin. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>>



Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Künftig findet Ihr auf dieser Seite jedes Mal eine Frage zu aktuellen politischen Debatten. Mal allgemein, mal themenspezifisch.

Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.



In seiner Regierungserklärung am Donnerstag hat Olaf Scholz auf die Bedeutung von nachhaltigen Partnerschaften zwischen Deutschland und anderen Ländern hingewiesen.

Dabei hat er auch von der Aufrechterhaltung „Konstruktiver Wirtschaftsbeziehungen“ zu China gesprochen.

Hältst du es für richtig, dass Deutschland weiterhin Wirtschaftsbeziehungen zu China aufrecht erhält?

- Ja, China ist ein wichtiger Partner und wir sollten die Beziehungen ausbauen.
- Ja, China ist wichtig, aber wir sollten unabhängiger vom Handel mit China werden.
- Nein, der Handel mit China muss drastisch reduziert werden.

Hier könnt Ihr online abstimmen!



Meine Rede zum Antrag "Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen" von der CDU/CSU.



Leben in den eigenen vier Wänden, im Wohneigentum: Das wollen nach wie vor 90% der (jungen) Menschen in Deutschland - verständlich.

Mit "Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen" hat die Union für ihren gestrigen Antrag eine knackige Überschrift gewählt. Die Eigentumsquote hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Die Überschrift des Antrags belegt deshalb die Erfolglosigkeit der CDU: CDU/CSU geht es derzeit vor allem um Stimmungsmache, auch, wenn dabei die Brandmauer gegen die Extremrechte Risse bekommt. Ja, es sind schwierige Zeiten für Neubau und Sanierung. Aber genau deshalb hat die Ampel bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Davon habe ich in meiner Rede am Mittwoch berichtet.

So ist es beispielsweise noch gar nicht lange her, dass Bundesbauministerin Klara Geywitz ein Programm aufgesetzt hat, mit dem wir den Erwerb von Wohneigentum fördern möchten. 350 Millionen Euro stellt das Ministerium für zinsverbilligte Kredite bereit. Seit drei Wochen kann man den Antrag stellen. Gemeinsam mit dem Programm Klima-freundlicher Neubau stellen wir in diesem Jahr rund zwei Milliarden Euro bereit. Es zeigt sich also: Die Ampel hat das Problem erkannt und handelt - der Antrag der CDU/CSU ist wie so oft nur eine Bestätigung dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Schaut und hört gerne nochmal rein:

[Hier geht's zum Video der Rede bei Facebook & hier findet Ihr die Rede bei Instagram.](#)

AG Kommunalpolitik mit Nancy Faeser.

In der Sitzung der AG Kommunalpolitik mit der **Innenministerin Nancy Faeser** ging es um aktuelle Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und deren Auswirkungen auf die deutschen Kommunen. "Kommunen sind zentrale Partner" so Faeser. Recht hat sie. Gemeinsam haben wir über Unterstützung in der Flüchtlingsfrage und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements gesprochen, Wichtig: Integration von Anfang an.



Die Länder und Kommunen sind dafür zuständig, Geflüchtete aufzunehmen, zu versorgen und unterzubringen. Dabei steht der Bund eng an ihrer Seite:

- 2022 hat der Bund die Länder mit etwa 15 Milliarden Euro unterstützt. In diesem Jahr wird die Unterstützung voraussichtlich 15,6 Milliarden Euro betragen. Bei den Kosten der Unterkunft entlastet der Bund die Länder und Kommunen zudem dauerhaft um etwa vier Milliarden Euro pro Jahr. Bund und Länder haben sich nun darauf verständigt, dass der Bund für das Jahr 2023 die Flüchtlingspauschale an die Länder um eine Milliarde Euro aufstocken wird. Dies soll die Länder dabei unterstützen, ihre Kommunen zu entlasten.
- Der Bund stellt Ländern und Kommunen mietfrei Bundesliegenschaften für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung. Um Länder und Kommunen beim Bau von Unterkünften zu unterstützen, werden rechtliche Sonderregelungen bei der Bauplanung verlängert und Vergabeverfahren flexibilisiert.
- Mit dem Migrations-Dashboard ermöglicht der Bund den Ländern und Kommunen eine verlässliche Lageeinschätzung und hilft damit, die Unterbringung von Geflüchteten vorausschauend zu planen. Darüber hinaus hat der Bund die Länder und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Wege der Amtshilfe unterstützt – zum Beispiel mit THW, Bundeswehr und Bundespolizei.



Fachkräfteeinwanderung erleichtern. Ausbildungsgarantie kommt.

Mit dem **Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung** und den Ergänzungen im parlamentarischen Verfahren schaffen wir ein modernes Einwanderungsgesetz. Deutschland braucht Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland und zwar jährlich von ungefähr 400.000 Personen. Erwerbseinwanderung soll künftig auf drei Säulen basieren:

Qualifikation, Erfahrung und Potenzial.

- **Qualifikation:** Wer einen in Deutschland anerkannten Abschluss hat, kann heute schon als Fachkraft kommen. Künftig können die Fachkräfte jede qualifizierte Beschäftigung in nicht-reglementierten Berufen ausüben, unabhängig von ihrem Abschluss.
- **Erfahrung:** Künftig kann auch nach Deutschland einwandern, wer mindestens zwei Jahre Berufserfahrung, eine berufliche Qualifikation und einen Verdienst über einer bestimmten Gehaltsschwelle oder die Geltung eines Tarifvertrages vorweisen kann. Der Abschluss muss also künftig nicht mehr formal in Deutschland anerkannt sein. Anerkennungspartnerschaften machen es künftig möglich, bereits in Deutschland zu arbeiten, vor Ort Deutschkenntnisse zu vertiefen und parallel das berufliche Anerkennungsverfahren zu betreiben.
- **Potenzial:** Es wird eine Chancenkarte eingeführt, die auch Menschen ohne Arbeitsvertrag ermöglicht, nach Deutschland zu kommen. Sie basiert auf einem Punktesystem, bei dem unter anderem Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Voraufenthalte, Alter und mitziehende Partner:innen berücksichtigt werden. Wer einen in Deutschland anerkannten Abschluss hat, erhält die Chancenkarte auch. Die Chancenkarte erleichtert die Suche nach einem Arbeitsplatz deutlich und ermöglicht auch Probearbeiten und Nebentätigkeiten. Auch Bildungsmigration soll gestärkt werden, indem Ausbildung und Studium in Deutschland noch attraktiver gemacht werden.



Förderprojekte für den Kreis Warendorf.

Der Monat Juni ist die Zeit der Förderbescheide und Projektaufrufe. Auch in diesem Jahr darf der Kreis Warendorf davon wieder profitieren. Zwei Förderprojekte des Bundes, von denen mein Wahlkreis bereits vielfach profitiert hat, wurden am 15. Juni neu aufgelegt. Und in Everswinkel darf man sich über die Zusage zum Denkmalschutzprogramm freuen!



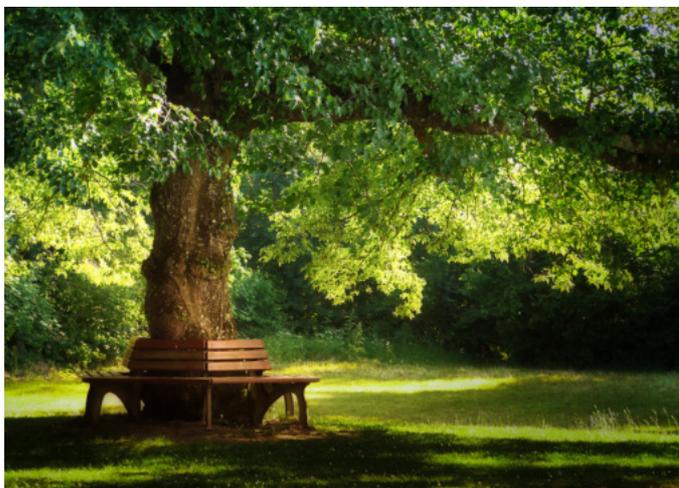
Denkmalförderung.

Auch in diesem Jahr unterstützt der Bund finanziell den Erhalt bedeutender Baudenkmäler im Kreis Warendorf. Mit 143.324,72 Euro wird das Haus Gausebeck in Everswinkel gefördert. Die Mittel stammen aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes, das damit bereits in die 12. Auflage geht. Mit Baujahr um 1575 ist das kleinbürgerliche Fachwerkwohnhaus Gausebeck das älteste Gebäude im Ort.



Sport, Jugend, Kultur.

Für 2023 werden Mittel in Höhe von 400 Mio. Euro für das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" bereitgestellt. Die geförderten Einrichtungen sollen eine bedeutende Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration vor Ort spielen. Im Kreis Warendorf haben schon mehrere Kommunen von dem Programm profitiert. [Mehr Infos gibt es hier.](#)



Anpassung an den Klimawandel.

Die Klimaveränderungen stellen eine große Herausforderung für Parks, Gärten und andere Grünflächen dar. Um dem gerecht zu werden, unterstützt der Bund Projekte und Investitionen mit Fördermitteln aus dem Sondervermögen des Klima- und Transformationsfonds für 2023 bis 2026. Die Förderhöhe kann bis zu 75 Prozent der Gesamtausgaben bis zu 6 Millionen Euro ausmachen. [Mehr Infos gibt es hier.](#)

Tag der Daseinsvorsorge am 23. Juni.

Der 23. Juni ist der Tag der Daseinsvorsorge. Er weist darauf hin, dass die Städte und Gemeinden Tag für Tag Deutschland am Laufen halten.

Die Frage, wie gut wir in unseren Städten und Gemeinden leben, hängt entscheidend von der kommunalen Daseinsvorsorge ab. Mit der Städtebauförderung in Höhe von 790 Millionen Euro pro Jahr, fördern wir gute Straßen, Quartiere und Parks.



Mit über 400 Millionen Euro unterstützen wir die Sanierung von Schwimmbädern, Jugend- und Kultureinrichtungen. Auch die Frage, wo das nächste Krankenhaus liegt und ob es eine ausreichende Grund- als auch die Schwerpunktversorgung anbietet – auch das gehört zum Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Die von Karl Lauterbach angestoßene Krankenhausreform ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung in Deutschland. Die SPD kämpft für handlungsfähige Kommunen und will den kalten Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft verhindern. Dabei müssen die Investitionskosten in ausreichender Höhe von den Ländern getragen werden. Die schwarzgrüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen muss den Investitionsstau, der in Nordrhein-Westfalen auf 1,85 Milliarden Euro pro Jahr beläuft, endlich anpacken. Immer nur mit dem Finger auf den Bund zu zeigen, ist einfach zu schwach.

Kommentar zum Auftritt von Claudia Pechstein beim CDU-Konvent.

Unabhängig vom viel diskutierten Auftritt bei einer Parteiveranstaltung in Dienstuniform, regt die Rede von Eisschnellläuferin und Bundespolizistin Claudia Pechstein auch inhaltlich sehr zum Nachdenken an: Vom eigentlich angekündigten „sportpolitischen Impuls“ driftet die Olympiasiegerin deutlich ab und steht plötzlich nicht nur aus Sicht des Publikums rechts von ihren Gastgeber*innen: Ihre eindeutig ausländer- und queerfeindlichen Äußerungen lassen Zuhörer:innen, die auch nur ein bisschen politische Menschlichkeit in sich tragen, kopfschüttelnd zurück. Und die Krönung folgt im Nachhinein: Auf die Uniform angesprochen, bezeichnet CDU-Chef Friedrich Merz den Auftritt als „brillant“. Beim Ablesen solcher Parolen hätten sich wohl viele verhaspelt, das ist völlig verständlich.



© PICTURE ALLIANCE/DPA/MICHAEL KAPPELER

Die Bewertung sollte aber dennoch wohl eher „brillant daneben“ lauten.

Special Olympics in Berlin.



Vom 17. bis 25. Juni 2023 finden die **Special Olympics World Games** in Berlin statt – und damit erstmals in Deutschland.

Menschen mit geistiger Behinderung zeigen, was man mit Ehrgeiz und Vertrauen in die eigenen Stärken erreichen kann. Die Veranstaltung setzt ein starkes Zeichen für barrierefreien Sport und hat das Ziel, mehr Bewusstsein für Teilhabe zu schaffen.

Special Olympics ist eine globale Inklusionsbewegung. Überall auf der Welt verändern wir das Leben von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Der Höhepunkt sind alle zwei Jahre die Special Olympics World Games.

1968 liefen tausend Athlet*innen aus den USA und Kanada mit Flaggen und Bannern ins Stadion ein: Es sind die ersten Special Olympics World Games. Die Gründerin ist Eunice Kennedy Shriver, die sich ihr Leben lang für mehr Rechte und Akzeptanz für Menschen mit geistiger Behinderung einsetzte.

Heute ist Special Olympics mit mehr als 5 Millionen Athlet*innen in 174 Ländern die weltweit größte Sportbewegung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung und offiziell durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) anerkannt.

Kauft doch am besten noch Tickets für Eure Freunde, Familie oder Kollegen. Die Tagestickets gibt es schon ab 5€ und wenn ihr Inklusion leben und Respekt zeigen wollt, dann ist das der Weg.



Die SPD-Bundestagsfraktion pflegt regelmäßigen Kontakt mit den kommunalen Spitzenverbänden. Diese Woche hatten wir ein Gespräch mit **Helmut Dedy**, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, **Mike Schubert**, Mitglied im Präsidium des Dt. Städtetags, **Thomas Karmasin**, Vizepräsident des Dt. Landkreistags, **Bernward Küper**, Vizepräsident des DStGB, und **Uwe Zimmermann**, stellv. Hauptgeschäftsführer des DStGB.



Beim Parlamentarischen Abend der **Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**.

Diese Woche waren wir mit der AG Wohnen bei **Bundesbauministerin im BMWSB** zu Gast. War ein guter Austausch!

